

10. BUNDES- UND EUROPAANGELEGENHEITEN UND REGIONALE ENTWICKLUNG

Wir wollen die niedersächsischen Regionen mit ihren unterschiedlichen Stärken und Herausforderungen gezielt fördern, um damit die gleichwertige Entwicklung voranzutreiben damit alle Regionen – ländliche Räume mit ihren Gemeinden und Städten genauso wie die großen Städte – lebenswerte Orte sind.

Benötigt wird dafür eine Regionalentwicklung aus einem Guss mit effizienten Strukturen. Für die Entwicklung Niedersachsens muss die Umsetzung von bedeutenden Projekten beschleunigt werden und Förderprogramme müssen schnell in die Umsetzung kommen. Wo immer auf Landesebene möglich, vereinfachen wir die Antragsstellungsprozesse und bauen die Möglichkeiten zur digitalen Antragsstellung aus.

Transformation findet vor Ort statt. Wir werden die Kommunen und weitere regionale Akteure wie Unternehmen oder Institutionen der Daseinsvorsorge bei der erfolgreichen Bewältigung der Transformationsprozesse aktiv unterstützen. Eine gut abgestimmte Regionalentwicklung greift als Querschnittsaufgabe ressortübergreifend ineinander. Die Ämter für Regionale Landesentwicklung sind hierfür von großer Bedeutung und kompetente Ansprechpartner in der Region. Deshalb wollen wir sie stärker nutzen und ausbauen. Wir werden modellhaft die einheitliche Steuerung von regional bedeutsamen Projekten prüfen, bei denen die Ämter für regionale Landesentwicklung eine Bündelungsfunktion übernehmen, die mehrere Behörden aus unterschiedlichen Fachbereichen betreffen (z. B. Energiedrehscheibe 2.0 Wilhelmshaven, Dümmersanierung, Sanierung Zwischenahner Meer).

Auch sollen die Beratungskapazitäten der Ämter für regionale Landesentwicklung für Kommunen und Zivilgesellschaft erweitert werden, mit dem Ziel, mehr Fördermittel für zukunftsgerichtete Projekte zu identifizieren und bei der Realisierung zu unterstützen. Das Bereitstellen notwendiger Anschubfinanzierungen für das Einwerben von EU- und Bundesmitteln werden wir prüfen.

Wir werden die EU-Fördermittel auf Landesebene anhand übergeordneter Ziele ausrichten und einsetzen. Hierzu wurden in Vorbereitung der aktuellen EU-Förderperiode eine Landesförderstrategie sowie eine regionale Innovationsstrategie aufgestellt. Wir werden diese weiter entwickeln, Leitplanken und einen strategischen Rahmen für die Ausgestaltung der verschiedenen Förderinstrumente des Landes über die EU-Fonds hinaus schaffen. Kern der Strategie ist es, bei allen Fördermaßnahmen die Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation in den Mittelpunkt zu stellen.

Fördermaßnahmen müssen zukünftig dem Erreichen der Klimaziele des Landes dienen und die Schaffung vielfältiger sozialer Infrastrukturen, soziale Daseinsvorsorge, regionale Wertschöpfung und nachhaltige Mobilitätsangebote voranbringen. Diese Landesförderstrategie überprüfen wir regelmäßig und passen sie den aktuellen Entwicklungen an.

Wir wollen bei der Förderung der regionalen Landesentwicklung alle Kommunen mitnehmen und werden die Aufstockung der Kofinanzierungshilfe für finanzschwache Kommunen prüfen, um diesen verstärkt Zugang zu Fördermitteln aus den EU-Fonds zu eröffnen.

Der Umbau der Innenstädte und die Stärkung der Ortszentren gerade auch in den ländlichen Räumen, wird weiterhin ein zentrales Thema der regionalen Entwicklung in den nächsten Jahren bleiben. Deshalb wollen wir eine Erhöhung der Mittel für die erfolgreichen Programme Zukunftsräume und Resiliente Innenstädte prüfen. Dabei geht es um Belebung durch Nutzungsmischung und Versorgungssicherheit, Digitalisierung, nachhaltige Mobilität, soziale Teilhabe, Barrierefreiheit, Klimaschutz und -anpassung.

Regionale Daseinsvorsorge erhöht die Lebensqualität in den ländlichen Räumen. Vorrangiges Ziel muss hier die Sicherstellung und Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen sein. Darüber hinaus spielt dieser Aspekt für die Gewinnung und Sicherung von Fachkräften eine große Rolle.

Eine gut erreichbare hausärztliche Versorgung in Verbindung mit sozialen Dienstleistungen ist ein wesentlicher, wenn nicht der bedeutsamste Standortfaktor für die Lebensqualität gerade in ländlichen Räumen. Die Modellprojekte für Regionale Versorgungszentren (RVZ) haben gezeigt, dass die Bündelung von medizinischen und sozialen Versorgungsleistungen unter einem Dach und in kommunaler Hand ein wichtiger Baustein ist, um die Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen individuell und entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen vor Ort zu stärken. Auch bei der Erreichbarkeit bedarf es kluger Mobilitätsangebote wie z. B. ÖPNV-Anbindung, Ruftaxi oder anderen On-Demand-Angeboten.

Wir wollen durch eine kluge Kombination unterschiedlicher Finanzierungsquellen das landesweite Ausrollen von RVZ in Niedersachsen ermöglichen. Dabei wollen wir die Angebote der sozialen und medizinischen Daseinsvorsorge in den RVZ insbesondere in den Bereichen Telemedizin und hausnahe Dienstleistungen weiter ausbauen.

Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen bedeutet auch die Einrichtung von digitalen Begegnungsorten im lokalen Kontext.

Wir werden die Erfahrungen aus dem Projekt „Digitale Dörfer“ nutzen und Kommunen finanziell unterstützen, um eine nicht kommerzielle und lokale digitale Vernetzung auf- und auszubauen. Dies kann z. B. ermöglichen, dass regionale Produkte und Dienstleistungen auch lokal abgesetzt und abgerufen werden.

Interreg-Projekte tragen zur Internationalisierung niedersächsischen Unternehmen und Organisationen bei. Sie machen Know-how international verfügbar und entwickeln innovative Lösungen im Schulterschluss europäischer Partner. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den niederländischen Provinzen Drenthe, Overijssel, Groningen und Friesland werden wir vorantreiben und die diesbezügliche Projektförderung verstetigen.

Wir wollen prüfen, ob eine stärkere Kofinanzierung von transnationalen Interreg-Projekten (Interreg B: Nordsee, Ostsee, Nordwesteuropa, Zentraleuropa) durch Mittel des Landes ermöglicht werden kann.

Niedersachsen und Europa

Neue globale und parallele Herausforderungen machen es notwendig, dass wir unsere politischen und administrativen Positionen stärker europäisch abgleichen und unsere Ziele stärker europäisch ausrichten.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine wird die europäische Friedensordnung und die Weltpolitik dauerhaft verändern. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein Angriff auf unsere europäischen Werte und das Völkerrecht, dem wir uns mit Entschiedenheit entgegenstellen. In den gegenwärtigen Zeiten großer Unsicherheit ist deshalb mehr Europa gefragt. Die EU ist darauf angelegt sich immer weiter zu integrieren und auch neue Mitglieder aufzunehmen.

Wir werden den Europabezug in unserer Landesverfassung stärken, mit dem Ziel, uns stärker an Europäische Grundwerte und den Geist Europas zu binden. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) und des Europäischen Green Deal sind für uns in allen Politikbereichen auf Landesebene handlungsleitend. Wir setzen uns auf europäischer Ebene für die Bekämpfung der sozialen Ungleichheiten, den grünen Umbau der Wirtschaft, Klimaschutz und das Streben nach europäischer Souveränität, insbesondere im Bereich der Energie- und Datensicherheit ein.

Wir setzen uns in Europa für wirksamen Klimaschutz und einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren Ressourcen ein. Die Anforderungen des Europäischen Green Deals sehen wir als Mindestmaß an. Um sicherzustellen, dass der Übergang zu einem nachhaltigen, klimafreundlichen Europa sozial gerecht ist, unterstützen wir Mechanismen für soziale Gerechtigkeit und Solidarität, die zusätzliche Belastungen für die Schwächsten in der Gesellschaft ausgleichen, um den Zusammenhalt zu stärken.

Wir wollen ein soziales Europa und klimafreundliches Europa, das unser Sozialmodell in Zeiten des digitalen und ökologischen Wandels absichert und unter den veränderten globalen Bedingungen weiterentwickelt. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten, insbesondere in den unteren Lohngruppen, muss verbessert werden. Wir werden uns deshalb weiterhin für angemessene Mindestlöhne für alle Europäerinnen und Europäer einsetzen.

Es bedarf einer fairen EU-Handelspolitik. In Handelsabkommen müssen verbindlich hohe soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards festgeschrieben werden. Wir setzen uns auch dafür ein, Lieferketten in strategischen Sektoren stärker zu diversifizieren und unabhängiger zu machen.

Immer mehr Menschen sind auf der Flucht vor Hunger, vor Kriegen und Konflikten. Die menschliche Solidarität gebietet es, dass Niedersachsen weiterhin Geflüchteten Schutz gewährt. Wir setzen uns auf europäischer Ebene für eine gemeinsame, koordinierte EU-Asylpolitik ein und gegen gewaltsames und menschenrechtswidriges Zurückdrängen an den EU-Grenzen. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Menschenrechtsverletzungen bei Frontex beendet werden. Wir werden die dort eingesetzten niedersächsischen Beamtinnen und Beamten vor den Einsätzen auch im Hinblick auf ihren Umgang mit etwaigen Menschenrechtsverletzungen gezielt vorbereiten. Zudem werden wir ihnen eine Supervision zur Verfügung stellen.

Wir wollen unsere Bürgerinnen und Bürger noch stärker für Europa begeistern und sehen es als unsere Aufgabe an über die Bedeutung Europas und die Auswirkungen europäischer Politik für die Menschen und für Niedersachsen zu informieren. Mit einem jährlichen Europafest des Landes und

der Regionen wollen wir die Vielfalt des Europaengagements sichtbar machen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle jungen Menschen einmal an einem europäischen Jugendaustausch teilnehmen können, sei es in der Schulzeit, während der Ausbildung, in der Freizeit oder an der Hochschule.

Das Europäische Informationszentrum EIZ werden wir konzeptionell weiterentwickeln und finanziell und personell ausbauen.

Für eine aktive Europapolitik Niedersachsens, ist es unerlässlich, den direkten Zugang zu EU-Institutionen auszubauen, auch vor dem Hintergrund des verstärkten Einwerbens europäischer Fördermittel. Dies soll zum einen durch die verstärkte Entsendung von Mitarbeitenden in die EU-Institutionen erfolgen, zum anderen durch eine starke Landesvertretung in Brüssel. Wir wollen durch Poolbildung mehr nationale ExpertInnen in die Institutionen der EU und internationale Organisationen entsenden.

Wir werden die Struktur, den Aufbau- und die Ablauforganisation der Landesvertretung an diese Erfordernisse anpassen und ihre Fähigkeit zur Projektsteuerung ausbauen.

Für die übergreifende und komplexen Fragestellungen des Beihilferechts prüfen wir die Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle für die Ressorts der Landesverwaltung.

Wir werden unsere Vertretung im Europäischen Ausschuss der Regionen und im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas nutzen, um regionale und kommunale Anliegen auf europäischer Ebene einzubringen. Wir wollen aktiv dafür werben, dass sich niedersächsische Gemeinden um eine Mitgliedschaft oder um eine Partnerschaft im Eurocities-Netzwerk bewerben.

Wir unterstützen die Ratifikation des Zusatzprotokolls der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung durch Deutschland.

Wir machen uns für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger stark und begrüßen Formate, die die Öffentlichkeit einbeziehen und die Menschen Europas zu Beteiligten macht, wie z. B. die „Konferenz zur Zukunft Europas“. Die Umsetzung der Maßnahmen und Vorschläge daraus wollen wir landesseitig unterstützen.

Niedersachsen in der Welt

In Zeiten zunehmender internationaler Konflikte und Auseinandersetzungen messen wir der wertebasierten Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Regionen einen besonderen Stellenwert bei. Wir wollen die Verzahnung der entwicklungspolitischen und umweltpolitischen sowie der wirtschaftspolitischen und sozialen Ziele verstärken.

Wir werden deshalb

- die bestehenden internationalen Partnerschaften des Landes evaluieren und weiter auf die Stärkung von Zivilgesellschaft und der Menschenrechte sowie der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit ausrichten. Wir prüfen die Möglichkeiten für neue Partnerschaften und Kooperationsprojekte, zum Beispiel mit der Ukraine.
- die Partnerschaft mit der Landsmannschaft Schlesien beibehalten und die Zusammenarbeit mit Polen stärken.

- unser Engagement für globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung in der inländischen Bildungsarbeit insbesondere im Rahmen des Eine-Welt-Promotorinnen und Promotoren-Programms und der Globales-Lernen-Programme verstetigen und ausbauen.
- den Jugendaustausch von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden stärken insbesondere den beschlossenen Austausch zwischen Niedersachsen und Schottland um die bereits bestehenden Verbindungen nachhaltig zu festigen.
- Einen besonderen Schwerpunkt sollen dabei die internationalen Schulpartnerschaften haben.
- den Prozess der Evaluierung und Aktualisierung der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes weiter vorantreiben und die Entwicklungskooperationen des Landes am Leitbild der Globalen Verantwortung ausrichten.
- eine landesweite Kampagne zum fairen Handel auf den Weg bringen und interessierte niedersächsische Kommunen dabei unterstützen, Fair Trade Town zu werden.
- die Aufarbeitung des postkolonialen Erbes ermöglichen und entsprechende Projekte u. a. mit Schulen, Ausbildung, Fortbildung, Universitäten und Museen fördern.